



Inflation: Ein ordnungspolitischer Zwischenruf

Jan Schnellenbach

- › Bereits während der Corona-Krise kam es u.a. durch Lieferengpässe zu einer Angebotsverknappung. Diese traf auf eine u.a. durch Einkommenstransfers robustere Nachfrage. In der Folge entstand Inflationsdruck.
- › Trotz steigender Inflationserwartung hat die Europäische Zentralbank (EZB) zu spät und zu zaghaft reagiert, weil sie wahrscheinlich die hohen Staatsverschuldungen einiger Euro-Länder einkalkuliert. Eine restriktivere Geldpolitik beeinträchtigt deren finanzielle Tragfähigkeit. Für diesen Zusammenhang spricht auch das neue Anti-Fragmentierungsinstrument (TPI) der EZB, das die Marktdisziplin weiter aushebelt.
- › Eine defizitfinanzierte Investitionsoffensive zur Ausweitung des Angebots schafft kurzfristig keine Abhilfe und würde die Inflation nur weiter anheizen. Vielmehr muss die Schuldenbremse eingehalten werden. Der Preismechanismus für Energie muss ungehindert wirken, weil er tatsächliche Knappheiten spiegelt. Bürgerinnen und Bürger sollten deshalb gezielt entlastet werden.
- › Eine Übergewinnsteuer, Preiskontrollen und die Konzertierte Aktion 2.0 sind dagegen nicht zielführend. Vielmehr braucht es eine Ausweitung des Angebots an Energie, zum Beispiel durch eine Laufzeitverlängerung deutscher Atomkraftwerke.

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung	2
2. Ist Inflation immer noch ein monetäres Phänomen?	2
3. Die deutsche Finanz- und Wirtschaftspolitik und die Inflation	4
4. Schlussfolgerungen	7
Impressum	9

1. Einleitung

Nach einer langen Phase von Preisstabilität und niedrigen Zinsen sind wir aktuell mit einer neuen wirtschaftspolitischen Herausforderung konfrontiert, nämlich mit der Notwendigkeit zur Inflationskontrolle bei schnell steigenden Preisen, vor allem für Energie. In diesem Beitrag soll kurz diskutiert werden, welchen Ursprung die aktuelle Inflation hat und wie die diskutierten Maßnahmen zu ihrer Bekämpfung ordnungspolitisch zu bewerten sind. In Abschnitt 2 geht es um die Frage, ob Inflation immer noch vor allem monetär verursacht ist und welche Rolle hohe Staatsschuldenstände in Europa spielen. In Abschnitt 3 werden einige Maßnahmen der deutschen Politik zur Inflationsbekämpfung und zum sozialen Ausgleich diskutiert. In Abschnitt 4 folgen einige Schlussfolgerungen.

2. Ist Inflation immer noch ein monetäres Phänomen?

Schon 2021 lag die Inflationsrate mit 3,1 Prozent im Jahresvergleich in Deutschland deutlich über dem Zielniveau von 2 Prozent. Für 2022 erwartet die EU-Kommission in ihrer letzten Prognose vom Juli eine Inflationsrate von 7,9 Prozent in Deutschland; für 2023 noch 4,8 Prozent. Angesichts der Unsicherheit vor allem im Hinblick auf die weitere Entwicklung der Energiepreise halten einige Prognostikerinnen und Prognostiker aber bereits eine zweistellige Inflationsrate für 2022 für möglich.

Schon während der Corona-Krise der Jahre 2020 und 2021 wurden seitens der Politik Einkommen insbesondere durch Transfers gestützt, während sich auf der Angebotsseite entlang der globalen Lieferketten Probleme herausbildeten. Aber nicht nur in Deutschland traf eine Angebotsverknappung auf eine robustere Nachfrage. Auch die Weltkonjunktur entwickelte sich 2021 positiv, insbesondere im zweiten Halbjahr. Die Prognosen für 2022 und 2023 sind zwar pessimistischer, gehen aber immer noch von einem positiven realen Wachstum der Weltwirtschaft aus.

Angebotsverknappung trifft auf robustere Nachfrage

So erfreulich ein positives reales Wachstum ist: Bei gleichzeitigen Engpässen auf der Angebotsseite entsteht Inflationsdruck. Es gibt unterschiedliche Kanäle, über die dieser Druck gleichzeitig wirkt. In China gibt es angesichts einer fortdauernd restriktiven Pandemiepolitik weiterhin Produktionsengpässe. Ein Arbeitskräfteengpass im weltweiten Logistiksektor führte über viele Monate in diesem Jahr zu exorbitant hohen Frachtraten. Der russische Angriff auf die Ukraine ließ Lebensmittelpreise ansteigen. Solche Angebotschocks verursachen einen Bedarf an gesamtwirtschaftlicher Neukoordinierung und Anpassung, der Zeit braucht und der während der Übergangphase auch die Inflationsraten antreibt. Damit ist die Europäische Zentralbank (EZB) aber nicht vollständig exkulpiert. Ökonomen wissen, dass es wichtig ist, relativ schnell auf Inflationstendenzen zu reagieren, damit sich hohe Inflationserwartungen unter den Marktteilnehmern nicht verfestigen. Daher wird der EZB vorgeworfen, mit Erhöhungen des Leitzinses zu lange gewartet zu haben und auch

ihre sehr expansive Politik der Anleihenkäufe, deren Ende erst der EZB-Rat im Juni 2022 beschloss, zu lange beibehalten zu haben.¹

Einzelne Ökonominen und Ökonomen, vor allem aus dem Gewerkschaftsumfeld, argumentieren hingegen, dass eine Zinserhöhung unangebracht sei, da die Inflation nun einmal reale Ursachen habe und die Zentralbank gegen hohe Energiepreise nichts tun könne. Dies ist jedoch nicht richtig. Eine jüngst von Alexander Kriwoluzky und Ko-Autoren am DIW veröffentlichte Studie² zeigt, dass eine Erhöhung des Leitzinses im Gegenteil besonders die Kraftstoff- und Heizkosten drücken würde. Der Mechanismus, den die Autoren der Studie analysieren, ist ein Wechselkurseffekt. Eine Zinserhöhung führt zu einer Aufwertung des Euro gegenüber anderen Währungen, auch dem US-Dollar. Damit werden Importe allgemein und insbesondere auch die wichtigen Energieimporte in Euro preiswerter, die Inflation wird gedämpft.

Die EZB muss sich also Kritik an ihrer späten und zaghaften Reaktion auf die anziehende Inflation gefallen lassen. Aber wieso kam es dazu? Ein Grund ist vermutlich das Problem der fiskalischen Dominanz. Hiervon spricht man, wenn die Finanzpolitik durch hohe Budgetdefizite und daraus resultierende hohe Schuldenstände den geldpolitischen Spielraum der Zentralbank so eingeengt hat, dass diese eine restriktivere Geldpolitik nur um den Preis einer wahrscheinlichen Staatsschuldenkrise durchsetzen könnte. Auch in Situationen, in denen eine Zentralbank wie die EZB formal völlig unabhängig ist, können sich ihre Entscheidungsträger dann genötigt sehen, die Inflationsbekämpfung nur halbherzig zu verfolgen, weil bei schnell steigenden Leitzinsen schwer absehbare, vielleicht sogar katastrophale Ereignisse drohen. Es gibt tatsächlich zumindest Indizien dafür, dass die Position, die Ratsmitglieder zur Stringenz der Geldpolitik einnehmen, mit der finanzpolitischen Lage ihrer Heimatländer korrelieren.³

Die EZB wurde nach der zur Inflationsbekämpfung notwendigen Ankündigung, expansive Staatsanleihenkäufe einzustellen, schnell mit steigenden Renditen insbesondere italienischer Staatsanleihen konfrontiert. Die fiskalische Dominanz wurde also greifbar. Nun hätte man auf das bereits seit 2012 existierende Outright Monetary Transactions Programm (OMT) vertrauen können. Dieses erlaubt es der EZB, beliebig viele Anleihen eines in Bedrängnis geratenen Mitgliedstaates zu kaufen, sofern dieser Staat parallel in einem Programm des Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) ist und die dort auferlegten Bedingungen zur Sanierung seiner öffentlichen Finanzen erfüllt. Diese Konditionalität des OMT-Programms erschien aber aus politischen Gründen nicht mehr opportun.

Die Lösung der EZB ist das neue, im Juli angekündigte Anti-Fragmentierungsinstrument (TPI). Dieses gibt der EZB ebenfalls die Möglichkeit, Staatsanleihen eines einzelnen Landes zu kaufen, jedoch im Gegensatz zu OMT ohne jegliche Auflagen für die Politik des betroffenen Landes. Vordergründig begründet die EZB dieses neue Instrument mit der Notwendigkeit, die Wirksamkeit ihrer Geldpolitik in allen Mitgliedstaaten zu sichern. Durch zu hohe Zinsdifferenzen sieht die EZB diese Transmission gefährdet. Das einzige formale Kriterium der EZB für die Anwendung des TPI auf ein Land ist, dass gegen dieses Land kein laufendes Verfahren wegen übermäßiger Budgetdefizite anhängig ist und dass kein Verstoß dieses Landes gegen Ratsempfehlungen nach Art. 126 Abs. 7 AEUV festgestellt wurde. Alle anderen Kriterien – Abwesenheit extremer makroökonomischer Ungleichgewichte, nachhaltige öffentliche Finanzen und solide makroökonomische Politik – kann die EZB nach eigenem Ermessen und damit auch sehr großzügig selbst prüfen.⁴ Der Zugang zum TPI ist damit in hohem Maße willkürlich.

Damit wird aber durch Anleihenkäufe der EZB weiterhin die Marktdisziplin ausgehebelt. Die Finanzmärkte bewerten länderspezifische Risiken und verlangen Risikoaufschläge auf den Zins. Dies ist ein sinnvoller Mechanismus, der hoch verschuldeten Regierungen einen Anreiz gibt, die Verschuldung nicht zu weit zu treiben. Die EZB maßt sich aber an, es besser zu

EZB hat zu spät reagiert

TPI Instrument hebt Marktdisziplin aus

wissen als der Markt. Sie glaubt, zwischen fundamental gerechtfertigten Zinsaufschlägen, die sie toleriert, und spekulativen Zinsaufschlägen, die sie durch Anleihekäufe dämpft, unterscheiden zu können.

In der mittleren und längeren Frist kann dies im Euroraum zum sogenannten *moral hazard* (moralischen Risiko) führen. Sorglos gewordene Regierungen vernachlässigen im Vertrauen auf großzügige Unterstützung durch die EZB die Nachhaltigkeit ihrer Finanz- und Wirtschaftspolitik. Defizite und Schuldenstände nehmen allenthalben zu, die EZB sammelt immer größere Bestände europäischer Staatsanleihen in ihrer Bilanz, das Problem der fiskalischen Dominanz wird noch verschärft. Die EZB rutscht de facto in die, ihr eigentlich verbotene, Aktivität der direkten Staatsfinanzierung hinein. In dieser Lage bestünde ihre Unabhängigkeit nur noch de jure fort. Tatsächlich würde die EZB stets die Finanzierung hoch verschuldeter Staaten sicherstellen, um zu verhindern, dass die betroffenen Staatsanleihen in ihrer Bilanz abgeschrieben werden müssen.⁵

Daher ist es aus ordnungspolitischer Sicht zentral, dass im aktuellen, von der EU-Kommission angestoßenen Prozess der Neuaushandlung der europäischen Fiskalregeln die Durchsetzung einer nachhaltigen Finanzpolitik konsequent abgesichert wird. Nur so ist das Problem der fiskalischen Dominanz einzudämmen und die faktische Unabhängigkeit der EZB zu sichern.

3. Die deutsche Finanz- und Wirtschaftspolitik und die Inflation

In der wirtschafts- und finanzpolitischen Debatte in Deutschland wird derzeit eine Reihe von Maßnahmen diskutiert, mit denen einerseits die Geldpolitik bei der Bekämpfung der Inflation unterstützt werden soll, andererseits aber auch soziale Härten, die durch die Preissteigerungen entstehen, abgefedert werden sollen.

3.1. Staatliche Investitionsoffensiven und die Schuldenbremse

Insbesondere auf der linken Seite des politischen Spektrums wird derzeit häufig gefordert, die Politik solle auf die Inflation mit einer defizitfinanzierten Investitionsoffensive antworten. Diese Forderung wird mit dem Argument unterlegt, dass man reale Knappheiten als Preistreiber am ehesten mit einer Ausweitung von Kapazitäten durch Investitionen beseitigen könne. Überzeugend ist diese Argumentation jedoch aus verschiedenen Gründen nicht. Zunächst haben wir das Problem, dass eine solche Politik generell expansiv wirkt. Sie weitet die gesamtwirtschaftliche Nachfrage aus und sorgt damit erst einmal für ein weiter steigendes Preisniveau. Die Arbeit der Zentralbank wird noch weiter erschwert, sie müsste auf eine solche Finanzpolitik eigentlich mit weiter steigenden Zinsen reagieren, wenn sie Preisstabilität konsequent durchsetzen wollte.

Defizitfinanzierte
Investitionsoffensive
wirkt expansiv

Auch das Argument, dass eine solche staatliche Investitionsoffensive kapazitätsseitig helfen würde, das Preisniveau zu kontrollieren, führt in die Irre. Schon die Zeitverzögerung, mit der neue Kapazitäten tatsächlich zur Verfügung stünden, spricht dagegen. Kurz- und mittelfristig würde die Konkurrenz um ohnehin schon knappe Arbeitskräfte vor allem im Baugewerbe und im sonstigen Handwerk die Preise weiter ansteigen lassen. Gleiches gilt für die Preise von Investitionsgütern, die durch gestörte Lieferketten ebenfalls oft noch knapp sind. Es stellt sich zudem die Frage, ob öffentliche Investitionen überhaupt zielgenau helfen können, Produktionskapazitäten zu erweitern. Allgemein müsste es eher darum gehen, Hemmnisse für private Investitionen in Unternehmen zu beseitigen und auch die Zuwanderung von knappen Arbeitskräften zu erleichtern.

Im oben skizzierten europäischen Kontext wäre eine Aushöhlung der Schuldenbremse in Deutschland ein hoch problematisches Signal für die zukünftige Ausgestaltung der EU-Fiskalregeln. Grundsätzlich ist es daher ordnungspolitisch rational, die Schuldenbremse beizubehalten.⁶ Im aktuellen Inflationsumfeld, das nach dem Lehrbuch eigentlich eine (politisch aber kaum durchzusetzende) eher restriktive Finanzpolitik mit Budgetüberschüssen nahelegen würde, ist die institutionelle Absicherung einer wenigstens noch nachhaltigen Finanzpolitik umso wichtiger.

Schuldenbremse
beibehalten

Auch wird der Effekt der Schuldenbremse auf die öffentlichen Investitionen in der Debatte oft deutlich überbetont. Tatsächlich ist nicht nachzuweisen, dass die Schuldenbremse Investitionen in der Vergangenheit verhindert hätte.⁷ Der Abwärtstrend der öffentlichen Investitionen begann lange bevor die Schuldenbremse überhaupt diskutiert wurde, im Anschluss an die Phase hoher Aufholinvestitionen nach der deutschen Einheit. Und auch heute sehen wir, dass in Zeiten einer ausgesetzten Schuldenbremse die Politik eher zu konsumtiven als zu investiven Ausgaben neigt. Gerade erst wurden erhebliche Mittel für Tankrabatt und 9-Euro-Ticket, nicht aber für Investitionen in den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) eingesetzt. Die Geschichte vom investitionswilligen Staat, der durch die Schuldenbremse zurückgehalten wird, ist ein Märchen.

3.2. Stützung von Haushaltseinkommen

Politischer Druck entsteht seitens der Wählerschaft vor allem deshalb, weil die Kaufkraft der Bürgerinnen und Bürger durch den allgemein starken Preisanstieg sinkt. Die Politik steht hier aus einer strikt ordnungspolitischen Sicht vor allem in der Pflicht, soweit es um die Anpassung von Transfereinkommen insbesondere zur Absicherung des Existenzminimums geht. Bei den Arbeitseinkommen dagegen ist es Aufgabe der Tarifpartner, Lohnsteigerungen auszuhandeln, die für Inflation (jedenfalls teilweise) kompensieren und gleichzeitig am Produktivitätsfortschritt orientiert sind, also Beschäftigung nicht gefährden. Nun stellt der extreme und plötzliche Anstieg der Energiepreise aber eine Sondersituation dar, die auch Haushalte bis weit in die Mittelschicht stark belastet. Es stellt sich die Frage, wie damit politisch umgegangen werden soll.

Ein Vorschlag, der sicherlich einen weitgehenden Konsens unter Ökonominnen und Ökonomen darstellt, besteht darin, den Preismechanismus für Energie ungehindert wirken zu lassen, aber stark negativ betroffene Haushalte gezielt mit pauschalen Einkommenstransfers zu stützen. Dieser Vorschlag hat den Vorteil, dass der Markt weiterhin unverzerrte, tatsächliche Knappheiten anzeigende Preissignale an die Verbraucherinnen und Verbraucher liefert. Die zu zahlenden Transfers an Haushalte bis zu einer noch politisch zu definierenden Einkommensgrenze würden ebenfalls inflationstreibend wirken, wenn sie defizitfinanziert würden. Eine Option, diesen Effekt zu dämpfen, wäre die Finanzierung über Steuererhöhungen. Ein temporärer Aufschlag auf die Einkommensteuer wurde hier bereits vorgeschlagen, ebenso die fast schon notorische Übergewinnsteuer. Das Versprechen eines zeitlich begrenzten Aufschlags hätte seit den Erfahrungen mit dem Solidaritätszuschlag keinerlei Glaubwürdigkeit. Die Marktteilnehmer würden sich auf eine dauerhafte Steuererhöhung einstellen, was wiederum zu negativen Leistungs- und Investitionsanreizen führen würde.

Preismechanismus
wirken lassen

Die Übergewinnsteuer wäre aus anderen Gründen ein ordnungspolitisches Desaster. Übergewinne, die auf Marktmacht zurückzuführen sind, sind in der Praxis nicht sicher zu identifizieren. Das in Unternehmen eingesetzte Eigenkapital erwartet eine Verzinsung in Höhe des marktüblichen risikolosen Zinses, plus einer Risikoprämie, welche das spezifische Risiko einer Investition spiegelt. Die Risikoprämie ist aber weder politisch noch bürokratisch ohne Weiteres im Nachhinein zu ermitteln. Eine Übergewinnsteuer droht zu einem Investitionsschreck zu werden, den sich in Zeiten ohnehin knapper Kapazitäten niemand wünschen

kann. Ein Abfluss von Investitionen ins Ausland wäre zu erwarten, dies wiederum hätte auch negative Zweitrundeneffekte auf die Löhne, da Arbeit mit geringerem Kapitalstock weniger produktiv wird. Was in der Theorie verlockend klingt, hätte in der Praxis starke unerwünschte Effekte.

Eine sinnvolle Alternative zur Defizitfinanzierung und zum Erschließen neuer Einnahmequellen ist die Priorisierung staatlicher Ausgaben. Zeitlich begrenzte Transfers zur Stützung von Haushaltseinkommen bei temporären Energiepreisspitzen können immer auch finanziert werden, indem weniger sinnvolle Ausgaben gekürzt oder zurückgestellt werden. Seit Jahrzehnten werden zum Beispiel im Kieler Subventionsbericht des Instituts für Weltwirtschaft schädliche und problematische Subventionen in erheblicher Höhe erfasst, deren Wegfall sowohl Effizienzgewinne als auch Verteilungsspielräume eröffnen würde.⁸ Jetzt wäre eine Gelegenheit, diese Liste abzarbeiten.

3.3. Preiskontrollen

Ein weiterer Vorschlag aus dem Gewerkschaftslager zur Unterstützung der Haushalte sind Preiskontrollen auf dem Energiemarkt.⁹ Konkret wird ein staatlich kontrolliertes nicht-lineares Preismodell vorgeschlagen, in dem der Staat einen zu definierenden Grundbedarf an Gas pro Kopf subventioniert und zu einem niedrigen Fixpreis anbietet, während für jede darüber hinausgehende Kilowattstunde (kWh) der hohe, unregulierte Marktpreis gilt. Damit würden, so die Befürworterinnen und Befürworter, sowohl Planungssicherheit für Haushalte geschaffen als auch Anreize zum sparsamen Gasverbrauch aufrechterhalten.

Dennoch handelt es sich hier um einen ordnungspolitisch problematischen Vorschlag. Denn auch innerhalb des Grundbedarfs sollten Sparanreize wirken, diese werden hier aber ausgehebelt. Auch stellt sich die Frage nach der Ausstiegsperspektive aus einem solchen Programm. Falls die Energiepreise am Markt über Jahre nicht mehr auf die bisher gewohnten niedrigen Niveaus zurückfänden, bestünde die Gefahr, dass die Politik, die einmal die Verantwortung für einen niedrigpreisigen Grundbedarf übernommen hat, aus diesem Subventionsschema nur schwer wieder herausfinden wird. Schon kurzfristig sorgt die Subventionierung des Grundbedarfs dafür, dass Anreize zur Substitution von Gasheizungen durch andere Technologien stark reduziert werden.

Besonders eigenwillig ist das Versprechen der Befürworterinnen und Befürworter von Preiskontrollen, mit ihrem Mechanismus die EZB bei der Inflationsbekämpfung zu entlasten, da gedeckelte Preise die Inflationsrate senken würden. Das ist zwar formal richtig, aber gesenkt wird lediglich die gemessene Inflationsrate. Man manipuliert eine Statistik, mehr nicht. Ökonomisch gesehen sind die höheren Preise weiterhin da, sie werden nur geschickt versteckt und über Steuern und Abgaben sozialisiert, anstatt transparent auf der Gasrechnung sichtbar zu werden. Hinter diesem Argument der Befürworterinnen und Befürworter steckt also ein rein polit-pragmatisches, aber kein ökonomisches Denken.

[Preiskontrollen verstecken Inflation nur](#)

3.4. Konzertierte Aktion 2.0

Schließlich soll noch auf den von der Bundesregierung initiierten Vorschlag einer Neuauflage der Konzertierten Aktion eingegangen werden. Diese hat ein Vorbild in der ursprünglichen Konzertierten Aktion, bei der ab 1967 Vertreterinnen und Vertreter des Staates, der Bundesbank, der Arbeitgeber und der Gewerkschaften versuchten, Leitlinien der Wirtschaftspolitik abzustimmen und insbesondere für die Lohnentwicklung bereits vor den eigentlichen Tarifverhandlungen Leitplanken zu vereinbaren. Dies dürfte auch diesmal wieder das vorrangige Ziel sein; die Sorge vor dem Beginn einer Lohn-Preis-Spirale, bei der hohe Lohnabschlüsse die Inflationsentwicklung beschleunigen, stand im Frühsommer erkennbar im Raum.

Aus ordnungspolitischer Sicht sind solche Versuche korporatistischer Steuerung der Gesamtwirtschaft skeptisch zu beurteilen. Sie sind der Versuch, gesamtwirtschaftliche Planung politisch zu betreiben, anstatt sie den Marktkräften und vor allem dem Wettbewerb als Entdeckungsverfahren zu überlassen. Auch hier haben wir es mit einer Anmaßung von Wissen zu tun, das in Marktwirtschaften in der Regel nur dezentral bei den vielen Marktteilnehmern vorhanden ist und nicht zentralisierbar ist. Eine Situation wie die aktuelle, in der Unternehmen sehr heterogen von Preissteigerungen bei Vorprodukten betroffen sind und sich auch die Lohnsetzungsspielräume von Unternehmen zu Unternehmen stark unterscheiden, spräche vielmehr für eine stärkere Dezentralisierung der Lohnfindung.¹⁰

Darüber hinaus birgt die Konzertierte Aktion zwei weitere Gefahren: Erstens ist dies die Verwässerung von politischer Verantwortung. Zweitens kann es leicht zu Vereinbarungen zulasten Dritter kommen, die nicht am Verhandlungstisch vertreten sind. Einigt man sich beispielsweise darauf, den Wettbewerb zu schwächen und etablierte Unternehmen zu unterstützen, so kann dies von den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, deren Jobs sicherer werden, von den Arbeitgebern, die weniger Wettbewerb fürchten müssen und von der Politik, die mehr Planungssicherheit hat, gleichermaßen gewollt werden. Es ginge aber zulasten nicht vertretener Wettbewerber und vor allem der Konsumentinnen und Konsumenten, die von schärferem Wettbewerb profitieren würden.

4. Schlussfolgerungen

Die Diskussion in diesem Beitrag hat gezeigt, dass die aktuelle Situation uns vor erhebliche ordnungspolitische Herausforderungen stellt. Seit das Problem der Inflation wieder auf der Agenda ist, wird es noch drängender als ohnehin schon, die öffentlichen Finanzen besser zu kontrollieren. Dies gilt vor allem auf der europäischen Ebene, wo ein effektives System von Fiskalregeln notwendig ist, um die EZB vom Druck der fiskalischen Dominanz zu entlasten. Es gilt aber auch für Deutschland: Der bisher noch moderate Schuldenstand in der Bundesrepublik kann kein Grund sein, nun aus dem Vollen zu schöpfen und hohe Defizite zu fahren. Dies wäre zur Inflationsbekämpfung kontraproduktiv. Da mit dieser neuen Welle der Inflation auch die Ära extremer Niedrigzinsen auf absehbare Zeit vorbei ist, sollten auch drohende Zinslasten im öffentlichen Budget wieder ein gutes Argument zur Kontrolle der Staatsverschuldung durch eine wirksame Schuldenbremse sein.

Da die Inflation stark von steigenden Energiepreisen getrieben wird, muss es jetzt auch darum gehen, alles zu tun, um Energieknappheit zu lindern. Das bedeutet natürlich, dass erneuerbare Energien schnell ausgebaut werden müssen. Dies hilft uns aber nicht über die kommenden Winter. Eine Laufzeitverlängerung deutscher Atomkraftwerke (AKWs) und eine neue Grundsatzdebatte über die Option, auch neue, moderne und klimaschonende AKWs zu bauen, sollte das Land sich zutrauen. Bis vor allem die Gasversorgung auf größere Anteile von Flüssiggas umgestellt ist und hinreichende Lieferverträge abgeschlossen sind, werden wir uns aber auf eine Übergangsphase von wenigen Jahren mit hohen Energiepreisen und auch entsprechenden temporären Wohlstandseinbußen einstellen müssen.

Die Kompensation hierfür sollte über gezielte Transfers an die tatsächlich bedürftigen Haushalte erfolgen. Breit gestreute, öffentlich finanzierte Konsumstrohfeuer wie der Tankrabatt oder das 9-Euro-Ticket entlasten nicht zielgenau und setzen Fehlanreize, indem sie zum Verbrauch von noch mehr Energie animieren. Auf solche Einzelmaßnahmen, die lediglich auf die kurzfristige Verbesserung der politischen Popularität abzielen, sollte die Politik zukünftig verzichten.

-
- 1 Vgl. z. B. Maximilian Horst, Daniel Stempel und Ulrike Neyer (2022). *Die EZB muss die Inflation glaubwürdiger bekämpfen*. In: *Wirtschaftsdienst* 102 (6), S. 426-429.
 - 2 Vgl. Gökhan Ider, Alexander Kriwoluzky und Frederik Kurcz (2022). *EZB kann Kraftstoff- und Heizkosten mit Zinserhöhung senken, riskiert aber wirtschaftliche Erholung*. In: *DIW Wochenbericht* 14/22, S. 220-225.
 - 3 Vgl. Friedrich Heinemann und Jan Kemper (2021). *The ECB Under the Threat of Fiscal Dominance: The Individual Central Banker Dimension*. In: *Economist's Voice* 18 (1), S. 5-30.
 - 4 Vgl. European Central Bank (2022). *The Transmission Protection Instrument*. <https://www.ecb.europa.eu/press/pr/date/2022/html/ecb.pr220721~973e6e7273.en.html> (zuletzt abgerufen am 21.08.2022).
 - 5 Vgl. Jakob de Haan und Sylvester Eijffinger (2019). *The Politics of Central Bank Independence*. In: Roger D. Congleton et al. (Hrsg.), *The Oxford Handbook of Public Choice*, Bd. 2, Oxford: Oxford University Press, S. 499-518.
 - 6 Vgl. ausführlich Jan Schnellenbach (2021). *Die Schuldenbremse bleibt sinnvoll*. In: *ifo Schnelldienst* 74 (4), S. 11-13.
 - 7 Vgl. Lars P. Feld, Wolf Heinrich Reuter und Mustafa Yeter (2020). *Öffentliche Investitionen: Die Schuldenbremse ist nicht das Problem*. In: *Perspektiven der Wirtschaftspolitik* 20 (4), S. 292-303.
 - 8 Vgl. Claus-Friedrich Laaser, Klaus Schrader und Astrid Rosenschon (2021). *Kieler Subventionsbericht: Die Finanzhilfen des Bundes in Zeiten der Coronakrise*. In: *Kieler Beiträge zur Wirtschaftspolitik* 37, Kiel: ifw.
 - 9 Vgl. Sebastian Dullien und Isabella M. Weber (2022). *Mit einem Gaspreisdeckel die Inflation bremsen*. In: *Wirtschaftsdienst* 102 (3), S. 154-155.
 - 10 Vgl. Norbert Berthold (2022). *Konzertierte Aktion gegen galoppierende Inflation: Wunderwaffe oder Ladenhüter?* In: *Wirtschaftliche Freiheit*. <http://wirtschaftlichefreiheit.de/wordpress/?p=31320>. (zuletzt abgerufen am 22.08.2022).

Impressum

Der Autor

Prof. Dr. Jan Schnellenbach ist Inhaber des Lehrstuhls für Volkswirtschaftslehre, insb. Mikroökonomie, an der Brandenburgischen Technischen Universität Cottbus-Senftenberg sowie Affiliated Fellow am Walter-Eucken-Institut.

Kontakt: jan.schnellenbach@b-tu.de

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Tim Peter

Wettbewerbsfähigkeit Europas
Analyse und Beratung
T +49 30 / 26 996-3826
tim.peter@kas.de

Postanschrift: Konrad-Adenauer-Stiftung, 10907 Berlin

Diese Veröffentlichung der Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. dient ausschließlich der Information. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbenden oder -helfenden zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie für Wahlen zum Europäischen Parlament.

Herausgeberin: Konrad-Adenauer-Stiftung e. V. 2022, Berlin
Gestaltung: yellow too, Pasiek Horntrich GbR
Satz: Janine Höhle, Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

Hergestellt mit finanzieller Unterstützung der Bundesrepublik Deutschland.

ISBN 978-3-98574-099-4



Der Text dieses Werkes ist lizenziert unter den Bedingungen von „Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international“, CC BY-SA 4.0 (abrufbar unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/legalcode.de>)

Bildvermerk Titelseite
© Blue Planet Studio, stock.adobe.com